Der oberschlesische Wanderer

Nr. 192
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Dienstag, den 21. August 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 50 000 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 5000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 660000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 30000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen 660000 deutsche Mark. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 40000 deutsche Mk., für Ortsanzeigen 25000 deutsche Mk., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 100000 deutsche Mk., für Ortsanzeigen 75000 deutsche Mk.; in Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. Mk., für Ortsanzeigen 1500 poln. Mk., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. Mark. Angebots- u. Auskunftsvermittelung 5000 Mk. und Porto. Beilagengebühr 25000 M. %. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Schaffung eines Devisenfonds

Mehr Vertrauen!

Das Kabinett Stresemann ist im Auslande, auch dort, wo man keinen Grund hat, in der Vergangenheit Stresemanns besondere politische Vertrauensbeweise zu buchen, mit einer Achtung aufgenommen worden, die für die außenpolitische Wirkungsmöglichkeit des Kabinetts keine schlechten Grundlagen bietet. Namentlich in England und Italien sieht die öffentliche Meinung in Stresemann und seinem Kabinett den Ausdruck des festen Willens der deutschen Nation, über die inneren Schwierigkeiten Herr zu werden und damit auch die Voraussetzungen zu schaffen, für eine aktivere Mithilfe der deutschen Politik an der Lösung des Reparationsproblems. Es ist dem Auslande nicht entgangen, welche Bedeutung in der Tatsache liegt, daß zum ersten Male seit Begründung des neuen deutschen Staatswesens die Volkspartei mit der Sozialdemokratie in einer Regierung sitzt, daß also zum ersten Male eine Vereinigung zweier großer Strömungen im deutschen Volksorganismus stattgefunden hat, der Partei der demokratisch und friedlich gesinnten Arbeiterschaft und der Partei, welche politisch die deutsche Großindustrie, einen großen Teil der Fertigindustrie und des Handels, sowie der intellektuellen deutschen Mittelschicht vertritt.

Man kann diese Tatsache der guten Aufnahme eines deutschen Kabinetts im Auslande unter den heutigen Umständen getrost registrieren, ohne sich damit in politische Abhängigkeit vom Auslande begeben zu wollen. Es ist klar, daß weder eine reine Arbeiterregierung noch eine Regierung der Rechten noch eine kleine Minderheitsregierung schwacher bürgerlicher Parteien im Ausland das Zutrauen erwecken könnte, daß es in Deutschland Kräfte genug gibt, um dem drohenden Untergang zu begegnen, was jetzt in höchster Not und vielleicht zu spät durch eine Kraftanstrengung des Parlamentes zustwege gebracht worden ist. **Die Konzentration aller positiven politischen und wirtschaftlichen Kräfte**, das ist es, worauf im Ausland die Freunde Deutschlands oder diejenigen, die das deutsche Volk, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft im Weltganzen nicht missen wollen, von uns erwartet.

Man darf jedoch über diesem erfreulichen Ergebnis die Augen über die Tatsache nicht verschließen, daß das Kabinett Stresemann zunächst vor einen schweren innerpolitischen Kampf gestellt sein wird. Die Aufnahme, die es in den Organen der rechtsradikalen Parteien und Organisationen gefunden hat, zeigt deutlich, daß wir vor einer Wiederholung jener verwerflichen Hetze stehen, welche die politische Arbeit früherer Kabinette, namentlich des Kabinettes Wirth, lahmlegten, und in der Mordhetze gegen Rathenau ihren unheilvollsten Ausdruck fanden. Die Brandmarkungen Stresemanns als eines Verräters an der deutschen Sache und die unverhüllte Aufforderung jener Organe, ihn das Schicksal Erzbergers und Rathenaus teilen zu lassen, sind ein Symptom dafür, daß wir mit der Bildung der Koalitionsregierung die **innere Gefahr** noch längst nicht **überwunden** haben. Die unbesonnene Tat eines fanatisierten Irrsinnigen kann heute oder morgen das ganze Gebäude in die Luft sprengen und Deutschland in Bälde inneren Vernichtungskriegen preisgeben. Es ist deshalb auf das Tiefste zu bedauern, daß die bayerische Regierung der Hetze gegen das Kabinett Vorschub leistete, indem sie die Koalition der Volkspartei mit der Sozialdemokratie ausdrücklich mißbilligte.

Neben der politischen Hetze gegen das neue Kabinett läuft parallel die jetzt schon fühlbare Agitation steuerunwilliger Kreise der Industrie und der Landwirtschaft. Die vom Reichstag angenommenen Steuergesetze, die den Besitz zu Leistungen verpflichten, welche der Geldentwertung und dem angesammelten Vermögen wenigstens einigermaßen gerecht werden, beginnen bereits ihre Folgen zu zeigen. Das Schlagwort von dem sozialistischen Einfluß und von dem Druck der Straße auf die neue Regierung wird von unzufriedenen Steuerzahlern in einem Augenblick gegen die neue Regierung geschleudert, in dem es jedem denkenden Menschen klar sein müßte, daß Deutschland mit der bisher geübten steuerlichen Schonung der großen Vermögen und der aktiven Erwerbsklassen immer tiefer im Elend versinken müßte. Wie immer verbindet sich die Habsucht und der nackte Egoismus mit der patriotischen Phrase und es besteht die Gefahr, daß aus dieser Verbrüderung rechtsradikaler Abenteurer mit steuerscheuem Kapital eine mächtige innere Gegnerschaft gegen das Kabinett und seine Arbeit ersteht. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn die demokratische Partei sich in einem Aufruf an ihre Anhänger wendet, in dem sie diese Zusammenhänge klarmacht und das Volk zu höchster Opferwilligkeit aufruft. Dieselbe Pflicht erwächst den beiden anderen bürgerlichen Parteien, die an der Regierung beteiligt sind, dem Zentrum, das in seinen Reihen auch die Großindustrie, und namentlich die Landwirtschaft vertreten sieht, und der Volkspartei, der die größten Wirtschaftsführer Deutschlands angehören. Gerade diese letztere Partei hat in dieser Beziehung viel gut zu machen, was sie und ihre Presse im Kampfe gegen frühere Kabinette gesündigt hat. Denn zum ersten Male erfährt sie an ihrem eigenen Leibe, wie schwer es im neuen Deutschland geworden ist, gegen nationalistische Phrase und gegen wirtschaftlichen Egoismus positive Politik zu machen. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner ersten Kanzlerrede das wahre Wort gesprochen: daß die erfolgreichste Außenpolitik nur durch eine feste und **geschlossene Innenpolitik möglich** ist. Die nächsten Wochen werden es lehren, ob er Kraft, Energie und Mut genug besitzt, um die **Koalition der Arbeit und der Wirtschaft zum Siege zu führen**, gegen die Anarchie des Kommunismus und gegen den Eigennutz des Reichtums.

Maßnahmen der Regierung zum Ankauf von Lebensmitteln

Berlin, 21. Aug. Dem B. T. zufolge stand im Vordergrund der gestrigen Beratungen des Reichskabinetts die Frage der Aufbringung eines Devisenfonds. Dieser soll insbesondere zum **Ankauf von Lebensmitteln** im Auslande dienen, sowie zur Durchführung einer **neuen Markstützungsaktion**. In sachverständigen Kreisen ist nun der Auffassung, daß etwa zwischen 200 bis 500 Millionen notwendig seien, um das Ziel zu erreichen. Ueber die Frage der Schaffung eines Devisenfonds hat am Sonnabend bereits eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann und den Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie stattgefunden. Dabei erklärten die Industriellen, auch sie seien gleich dem Kanzler der Meinung, daß angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage Abhilfemaßnahmen dringend geboten wären. Sie seien deshalb bereit, zur Schaffung eines Devisenfonds für ihren Teil beizutragen. An diese Besprechung mit der Industrie werden sich in den nächsten Tagen weitere Beratungen mit den Vertretern der Landwirtschaft und des Handels anschließen.

W. Berlin, 21. August. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat in einer heute abend unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Sitzung über **grundlegende wirtschaftliche Maßnahmen** Beschluß gefaßt, die nach Fühlungnahme mit den Parteiführern unverzüglich im Wege der **Notverordnung** durchgeführt werden sollen. Die Kabinettssitzung dauerte von 7—11 Uhr.

Die Bewilligung der Kohlenpreise

Berlin, 21. August. Die neue Erhöhung der Kohlenpreise, die heute mit 50 bis 65 Prozent in Kraft tritt, hat alle interessierten Kreise gezwungen, sofort zu diesem Ausgang der Verteuerung unseres wirtschaftlichen Lebens Stellung zu nehmen. Von vielen Seiten sind an die Regierung Aufforderungen ergangen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß diese schwere neue Belastung rückgängig gemacht werde. Aber auch der Reichswirtschaftsminister hat sofort beim Reichskohlenrat Vorstellungen erhoben und eine eingehende Untersuchung angeordnet, auf welche Grundlage sich die Kohlenpreiserhöhung stützt. Man hat nämlich festgestellt, daß die Löhne der Bergarbeiter allein diese Erhöhung nicht rechtfertigen, die jetzt die Kohlenpreise auf das 3½fache des Friedenspreises bringen. Der Reichskohlenrat wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen zusammentreten, um die nötigen Erhebungen anzustellen. Die Regierung wird inzwischen die Frage prüfen, ob eine Herabsetzung oder Aufhebung der 30proz. Kohlensteuer zulässig und ratsam sei. Jedenfalls will man mit allen Kräften dahin wirken, daß **diese Kohlenpreise nicht durchgeführt** werden oder zumindestens wieder **rückgängig** gemacht werden.

Die französische Antwort

Paris, 21. August. (Eig. Bericht.) Es bestätigt sich, daß die französische Antwortnote auf die englische Note vom 11. August heute früh dem englischen Geschäftsträger überreicht werden wird. Da ein englischer Sonderkurier wahrscheinlich erst im Laufe des Nachmittags mit dem Schriftstück nach London aufbricht, ist anzunehmen, daß das Foreign Office spät abends oder morgen früh erst in den Besitz des Schriftstückes gelangt. Die Antwort soll sehr umfangreich sein. „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß die belgische Antwort am Donnerstag oder Freitag nach London abgesandt werde.

Das Rettungsmittel

Cb. **Rotterdam**, 21. August. (Eig. Bericht.) Der „Courant" meldet aus London: Der Vertreter der „Daily Mail" hat **Morgan**, der sich zurzeit noch in London aufhält, über die deutsche Währung und über die Maßnahmen zu ihrer Besserung befragen lassen. Morgans Antwort war sehr kurz, sie lautete: Nicht klagen, keine Noten drucken, aber mehr arbeiten, viel mehr arbeiten und wenn es 12 und 14 Stunden am Tage sind. Wenn mein Bankhaus zurückgeht, dann ist es nur durch intensivste christliche Arbeit wieder auf die alte Höhe zu bringen. Alle anderen Versuche sind ein Schlag ins Wasser. (Solange Frankreich die Hände in unserer Tasche hat, können wir durch den größten Fleiß nicht hochkommen.)

Stresemanns aktive Politik

W. Berlin, 20. August. Der Reichskanzler hat schon als Parteiführer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Regierung auf jede außenpolitische Kundgebung sofort reagieren müsse. Er hatte nun, wie wir hören, die Absicht, die Rede Poincarés in Charleville sofort zu beantworten, aber auf Anraten diplomatischer Vertreter einstweilen seine Antwort noch verschoben, um den Inhalt der französischen Note an England abzuwarten. Er wird nach ihrem Bekanntwerden sofort Gelegenheit nehmen, die Auffassung der deutschen Regierung zu der Stellung Poincarés zu erklären.

Hinter den Kulissen

Berlin, 20. August. Der Berliner Korrespondent des „Journal" meldet, er könne versichern, daß auch bereits die neue deutsche Regierung in ein Netz von Intrigien verstrickt sei, dessen Fäden in London zusammenliefen. Herr Stresemann habe die feste Absicht, eine verständige Politik in der Richtung der Verständigung mit Frankreich zu machen, sei aber daran **verhindert** worden, nicht nur durch die letzte englische Note, sondern auch durch gewisse Informationen, die er neuerdings von London erhalten habe.

Havensteins Nachfolger

T.-U. **Berlin**, 21. August. (Eig. Ber.) Für den heutigen Tag wird nach der Vossischen Zeitung der Rücktritt der beiden Präsidenten der Reichsbank, **Havenstein und Glasenapp**, erwartet.

Cuno reist nach Amerika

Berlin, 21. Aug. (Eig. Ber.) Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno, der sich gegenwärtig in der Nähe von Hamburg zur Erholung aufhält, wird der D. A. Z. zufolge voraussichtlich in nächster Zeit eine Reise nach Amerika antreten. Da Dr. Cuno von seiner früheren Tätigkeit bei der Hapag enge Beziehungen zu einflußreichen Kreisen Amerikas hat und da andererseits die Reise des gewesenen Reichskanzlers nicht ohne politische Zwecke sein dürfte, ist es wahrscheinlich, daß Dr. Cuno sich auch mit schwebenden politischen Fragen wie z. B. dem Reparations-Problem befassen wird. Auch die Gerüchte, wonach Dr. Cuno für den Botschafterposten in Washington ausersehen sei, finden durch seine Reise nach Amerika neue Nahrung.

Attentats-Gerüchte

Berlin, 20. Aug. Die Gerüchte von einem Attentat auf den Reichskanzler am Sonntag abend sind unzutreffend. Es sind lediglich gegen 8 Uhr 15 und 10 Uhr an der Wache zwei **unbekannte Personen** im Garten des Reichskanzlerpalais gesehen worden, die auf Anruf die Flucht ergriffen haben. Ihnen nachgesandte Schüsse haben ihr Ziel verfehlt. Die Polizei hat Nachforschungen eingeleitet. Mit Rücksicht auf die Zeit des Vorfalles ist der Verdacht nicht unbegründet, daß es sich möglicherweise um den Versuch eines **Einbruchsdiebstahls** in die Reichskanzlei zwecks Entwendung diplomatischer Aktenstücke gehandelt hat. Angesichts des Vorfalles ist dafür gesorgt worden, daß die ständige Wache im Reichskanzlerpalais **Verstärkung** erhalten hat.

Neue Spannungen

Die außenpolitische Lage tritt in dieser Woche in ein neues Stadium. Heute wird der englischen Regierung die französische Antwort auf die Londoner Denkschrift zugehen, aus der ersichtlich werden wird, ob sich eine Annäherung des englischen und französischen Standpunkts wenigstens insofern ergibt, als die Diskussion zur Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage weitergeführt werden kann. Die sachliche Schwierigkeit liegt nach wie vor in der Frage: will man den Ruhrkonflikt beenden will, da Frankreich in eine Diskussion der Rechtmäßigkeit seines Vorgehens nicht einzuwilligen bereit ist. Es ist klar, daß da ein theoretisches Einverständnis bei der gegenseitigen Stellungnahme Englands nicht erwartet werden kann, ein praktischer Ausweg gefunden werden muß, bei dem Deutschland im Rahmen dessen, was es mit seinen Interessen und seiner nationalen Würde für vereinbar hält, mitwirken muß. Ueber diese Fragen nun sollte bei der stets wachsenden Spannung im Ruhrgebiet, möglichst in dieser Woche noch Klarheit geschaffen werden.

Einen gewissen stimmungsmäßigen Anhaltspunkt bietet die Rede, die am Sonntag der französische Ministerpräsident Poincare in Charleville, dem ehemaligen kaiserlichen Hauptquartier gehalten hat. Man braucht auf die historischen Reminiszenzen, welche Poincare zur Begründung des französischen Standpunktes heranzuziehen liebt, nicht immer wieder einzugehen. Es ist immer dasselbe Lied: Deutschland hat durch Annektion Elsaß-Lothringens die Weltatmosphäre vergiftet, Frankreich hat die Gerechtigkeit wieder hergestellt, und denkt nicht daran, durch Annektion deutscher Gebiete ein Pendant zur elsaß-lothringischen Frage zu schaffen. Dies ist eine französische Schulmeinung, die sich aus dem französischen Nationalismus ergibt, und der die fruchtbare nicht diskutiert werden kann. Wichtiger ist, daß Poincare diesmal der Verlockung nicht nachgab, eine heftige und blutrünstige Rede gegen die deutschen „Barbaren" zu halten, sondern daß er sachlich und, wenn er will, beinahe versöhnlich gesprochen hat. Ohne Zweifel zu überschätzen, zeigt es doch, daß sich Poincare von einer immer neuen Wiederholung seiner Anklagen gegen Deutschland weder in seinem eigenen Lande noch in der Resonanz im Ausland etwas verspricht und daß er einzusehen beginnt, das endlich etwas positives aus der heillos verwirrten europäischen Lage geschaffen werden muß.

Die Rede Poincares und die französische Antwort auf die englische Denkschrift werden der deutschen Regierung Gelegenheit geben, noch in dieser Woche die Initiative in der Führung der auswärtigen Politik zu nehmen, welche das neue Kabinett Stresemann angekündigt hat. Der Reichskanzler hat in seiner Erklärung im Reichstage, mit der er das neue Kabinett einführte, die deutsche Stellungnahme zum Ruhrkonflikt dahin umschrieben, daß Deutschland die Verfügung über das Ruhrgebiet zurückgegeben werden müsse. Diese Formel ist sehr entgegenkommend und sehr dehnbar. Sie ermöglicht jedenfalls in weit höherem Maße als die unpraktischen und eigensinnigen Festlegungen Cunos tatsächliche Verhandlungen darüber, wie der französische Anspruch, die Hauptquelle der deutschen Wirtschaft zum Zwecke der Reparation heranzuziehen und zu kontrollieren, in Einklang gebracht werden kann mit der deutschen Forderung, daß an der politischen und verwaltungsmäßigen Hoheit des Reichs über das Ruhrgebiet und das Rheinland nicht gerüttelt werden kann.

Es wird für die Regierung Stresemann in den nächsten Wochen keine kleine Aufgabe sein, dieses schwere außenpolitische Problem energisch und geschickt zu betreiben und gleichzeitig den wachsenden Schwierigkeiten der inneren Lage gerecht zu werden.

9 Arbeitsstunden in der Schweiz

Cb. **Basel**, 21. August. (Eig. Ber.) Wie die Baseler Nachrichten melden, wurde die Arbeitszeit in der schweizerischen Industrie von 8 auf 9 Stunden verlängert.

Frankreichs politische Ziele

Genf, 19. Aug. Während Poincaré am Sonntag in Charleville gesprochen, hielt der Finanzminister **de Lasteyrie** in Hazebrouck eine kurze Ansprache anläßlich der dortigen Hafenerweiterungsbauten. Nach dem „Havre-Eclair" hob der Finanzminister von dem [illegible] Regierung, alles zu fördern, was die [illegible] Handel Frankreichs zum [illegible] machen könnte. Frankreichs Ziel sei [illegible] Unterjochung der anderen Völker, wie [illegible] 1914 versucht hätte, sondern die [illegible] Führung der Völker Europas. Und dieses Ziel werde Frankreichs Energie und Tatkraft mit oder ohne Freunde erreichen.